

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Horst Gobrecht, Hamburger
Finanzsenator, kommentiert
den Koalitionsstreit
um den Spitzensteuersatz.
Seite 1

Egon Lutz MdB weist auf
den zynischen Umgang der
Regierung mit den Arbeits-
losen hin: Bonns Arbeits-
marktlüge. Seite 2

Michael Müller MdB analysiert
Datensammlung des
Umweltbundesamtes: Kein
Anlaß für Hurra-Meldungen.
Seite 3

Doris Odendahl MdB fordert
Kurskorrektur bei der
Studentenförderung: Scher-
benhaufen in der Bildungs-
politik. Seite 5

Dieter Schinzel MdEP fordert
EG-weite Maßnahmen zur
AIDS-Bekämpfung: AIDS
gemeinsam bekämpfen.
Seite 6

42. Jahrgang / 26

6. Februar 1987

Phantom-Diskussion um Spitzensteuersatz

Niemand zahlt wirklich 56 Prozent Einkommenssteuer

Von Horst Gobrecht
Hamburger Finanzsenator

Bei der Diskussion über die Senkung des Spitzensteuersatzes wird eines wohlweislich verschwiegen: Niemand zahlt wirklich 56 Prozent Einkommenssteuer. Dadurch daß jedem - auch dem Einkommensmillionär - die Grundentlastung (Grundfreibetrag, Proportionalzone und abgestufte Progression im Einkommenssteuertarif) zugute kommt, ergibt sich zum Beispiel bei einem zu versteuernden Einkommen eines Ledigen von 130.000,- DM, bei dem der Grenzsteuersatz von 56 Prozent erreicht wird, eine Steuerbelastung (Durchschnittssatz) von weniger als 42 Prozent (Tarif '88).

Unser kompliziertes und schwer durchschaubares Steuerrecht macht es möglich, daß von interessierter Seite ständig der Eindruck erweckt wird, als müßten Spitzenverdiener weit mehr als die Hälfte ihres Einkommens an den Fiskus abführen. Damit soll verschleiert werden, daß große Teile der Koalition die angekündigte Steuerreform im wesentlichen als Veranstaltung zur weiteren Steuersenkung mit verteilungspolitischer Schlagseite verstehen. Eine solche „Steuerreform“ würde erneut die Chance verpassen, unser Steuerrecht einfacher, klarer und gerechter zu gestalten. Sie wäre eine konsequente Fortführung der ungerechten und unsozialen Politik der Regierung Kohl, die ihren Haushalt zu Lasten der Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger, Arbeitnehmer und kleinen Gewerbetreibenden konsolidiert, in ihrer Steuerpolitik die Spitzenverdiener überproportional begünstigt und Länder und Gemeinden überwiegend die Zeche bezahlen läßt.

(-/6.2.1987/st/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressahauss 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Druckerei
mit vollwertiger
Kopieranlage



Bonn's Arbeitsmarktlüge

Der amtliche Wahlkampf-Optimismus zerbricht

Von Egon Lutz MdB

Seinerzeit hatten die Unionschristen schnell das böse Wort vom „Rentenbetrug“ zur Hand. Angesichts des Umstands, daß sie selbst über drei Jahre gebraucht haben, um den Rentnern einen - wenn auch winzig kleinen - realen Rentenzuwachs zu verschaffen, ist ihnen ihre damalige Großmäuligkeit heute peinlich.

Mit weitaus mehr Recht könnte man heute - einen Hang zu derlei böswilliger Rhetorik vorausgesetzt - die Rechtskoalitionäre der „Arbeitsmarktlüge“ zeihen. Dabei mag es hinreichen, an Norbert Blüms Wort zu erinnern, er würde innerhalb von zwei Jahren die Arbeitslosenzahlen auf unter eine Million drücken. Das war 1983. Inzwischen sind die Töne zwar ein wenig bescheidener geworden, Mischnick 1986: „unter zwei Millionen“. An haltlosen, ja lügnischen Voraussagen ist dennoch kein Mangel. Oder man greift einfach zur affirmativen Keule und behauptet in sturer Unbeirrbarkeit, diese Regierung habe 600.000 Arbeitsplätze geschaffen. Die Technik ist uralte. Man wiegt den Bürger in Hoffnungen, indem man die bewußte Unwahrheit einfach oft genug wiederholt. So etwas kann man auch Demagogie nennen. Überhaupt erstaunlich, wie der Optimismus vieler sogenannter Wirtschaftsfachleute nachdem die Wahl rum ist, auffällig schnell zurückgeht und man auf einmal bedeutungsschwanger orakelt, daß das mit der wirtschaftlichen Entwicklung doch alles nicht so gut aussähe, wie noch kürzlich geglaubt. Selbst bei scheinbar honorigen Instituten wundert man sich, wie schnell auf einmal diese Erkenntnis Platz greift.

Bezieht man allerdings ganz nüchtern die Zahlen, so ist unverständlich, weshalb ihnen dies erst jetzt dämmert: 1,2 Millionen sind länger als sechs Monate arbeitslos, 360.000 sind ein bis zwei Jahre ohne Arbeit und 300.000 Männer und Frauen finden über zwei Jahre keinen Arbeitsplatz. Verelendung, Zerrüttung der Familien, schwere psychische Schäden und schließlich der Abstieg in das soziale Elend sind die Folgen. Und die Tatsachen für die Nachfolgeneration sind keineswegs besser. Die neueste Nürnberger Statistik meldet für den Januar dieses Jahres 73.000 weibliche und 72.000 männliche Jugendliche unter 20 Jahren ohne Arbeit - „No future“ oder „Weiter so Deutschland“? Diese Regierung baut frech und schamlos ihren Wahlerfolg auf diese Arbeitsplatzlüge. Jüngstes Beispiel ist die Antwort von Norbert Blüms Parlamentarischem Staatssekretär. Gefragt war danach, seit wann die Bundesregierung die Ergebnisse der Sonderuntersuchung über Arbeitslose und offene Stellen bekannt sind. Unter dem 4. Februar mußte Wolfgang Vogt zugeben, daß „erste Ergebnisse am 13. Januar 1987 vorgelegen hätten“. Und doch, so in der gleichen Antwort, sind diese Ergebnisse sogar den Mitgliedern der Selbstverwaltung der Bundesanstalt, also zum Beispiel den Gewerkschaften, bis zum 30. Januar vorenthalten worden. Nach der Wahl konnten die unerfreulichen Zahlen wohl nicht mehr viel schaden. So kann man jetzt unter anderem schwarz auf weiß lesen, daß die Zahl arbeitsloser Männer, die über zwei Jahre nach einem neuen Job suchen von 7,5 Prozent im Jahre 1983 auf 16,8 Prozent im Jahre 1986 gestiegen ist, arbeitslose Frauen, die über zwei Jahre nach einer Stelle suchten, gab es 1983 6,9 Prozent, 1986 waren es dann 14,5 Prozent. Diese Technik des Zurechtbiegens, des Halb- oder Ganzverschweigens wird in Lessings „Minna“ elegant „Corriger la Fortune“ genannt, hier aber geht es um die Existenz Hunderttausender, da muß man so etwas einfach „Arbeitsmarktlüge“ nennen.

(-/6.2.1987/fr/st)

* * *



Kein Anlaß für Hurra-Meldungen

Umweltpolitik muß endlich mit anderen Politikfeldern verzahnt werden

Von Michael Müller MdB

Umweltminister Walter Wallmann fängt da an in der Umweltpolitik, wo er vor dem Wahlkampf aufgehört hat. Er äußert sich in erster Linie befriedigt über einzelne Erfolge bei der Reduzierung von Umweltbelastungen, während die offenkundig sehr problematischen Trends eher beiläufig erwähnt werden. Äußerst befriedigt zeigt sich der Umweltminister über den ständigen Rückgang des Schwefeldioxydausstoßes, den keiner bestreitet, obwohl er bei einer konsequenteren Luftreinhaltepolitik bedeutend günstiger hätte ausfallen können. Dem Präsidenten des Umweltbundesamtes bleibt die Feststellung vorbehalten, daß die rückläufige Tendenz bei den Industrieemissionen durch die weitere Zunahme des Straßenverkehrs wieder aufgefressen wurde. Von Lersner macht dabei die Entwicklung bei den Stickoxiden vor allem verantwortlich für das Waldsterben. Daß dieser Anstieg insbesondere in den Ballungsräumen zu verzeichnen ist, widerspricht den ständigen Wahlkampfmeldungen über die Erfolge mit den schadstoffarmen Autos. Dem Bericht zufolge ist 1985 gegenüber dem Vergleichswert von 1984 ein Anstieg rund zehn Prozent zu verzeichnen.

Aber auch andere Daten aus der Zusammenstellung des Umweltbundesamtes stimmen bedenklich:

- So ist der Flächenverbrauch unverändert hoch und im Ländervergleich rangiert die Bundesrepublik beim Anteil der geschützten Flächen im Hinterfeld.
- Auch die Zahl der vom Aussterben bedrohten oder in den letzten Jahren ausgestorbenen Tier- und Pflanzenarten ist in der Bundesrepublik besonders hoch. Hauptverantwortlich ist hierfür insbesondere die Art der landwirtschaftlichen Produktion mit ihrem hohen Einsatz von Handelsdünger (Stickstoff) sowie Herbiziden, Fungiziden und Insektiziden. Der Einsatz von Düngemitteln und „Pflanzenschutzmitteln“ ist weiter ansteigend. Kein Wunder, daß das Umweltbundesamt davor warnt, daß die Wassergüte im landwirtschaftlichen Bereich sich über einen mittelfristigen Zeitraum weiter verschlechtert.
- Die Daten über die Ozon-Immission sind weiter ansteigend. Sie belegen erneut, daß unter anderem ein Verbot von Treibgas dringend erforderlich ist.



- O In Bezug auf die Bodenqualität geben vor allem die Erhebungen zu Altlasten zu Besorgnis Anlaß. Die Zahl der Verdachtsstandorte wird auf 35.000 geschätzt. Auch das ist kein neuer Tatbestand, viele dieser Altlasten sind chemische Zeitbomben, aber die Regierung handelt nicht.
- O Nach dem Bericht fühlen sich rund 60 Prozent der Bevölkerung vom Straßenlärm belastet, rund die Hälfte davon stark. Rund 38 Prozent sind vom Fluglärm betroffen.

Da der Bericht vor der Rheinkatastrophe von Sandoz abgefaßt wurde, wird die Qualität der Fließgewässer viel zu positiv dargestellt. So schnell ändern sich auch bei uns die Zeiten. Es ist überhaupt ein Mangel des Berichts, daß es kein eigenes Kapitel zu Risiken und Gefahren der chemischen Mittel gibt. So findet sich dieses zentrale Umweltrisiko in einzelnen Bereichen: beispielsweise wird darauf hingewiesen, daß es jährlich 1.500 bis 1.800 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen gibt oder wie sich beispielsweise der Anteil von Schwermetallen, Nitrat und chlorierten Kohlenwasserstoffen in Nahrungsmitteln entwickelt hat. Alarmierend ist nicht zuletzt der Anstieg der erfaßten Umweltdelikte von 9.805 1984 auf 12.875 1985.

Die „Daten zur Umwelt 1986/87“ zeigen welch großer Handlungsbedarf in der Bundesrepublik zur Sanierung der Umwelt gegeben ist. Für Hurra-Meldungen besteht kein Anlaß. Dringend erforderlich sind:

- Starke Erhöhung der Ausgaben im Umweltbereich
- Ausbau der Überwachungs- und Kontrollsysteme
- Konsequente Handhabung des Umweltschutzes durch Anwendung des Verursacherprinzips bei gleichzeitigem Ausbau weitreichender Vorsorgemaßnahmen
- Weg von unzureichenden Reparatur- und Grenzwertansätzen zu einer ganzheitlichen Betrachtung der natürlichen Regelkreisläufe und eine Orientierung an Qualitätszielen
- Verzahnung der Umweltpolitik mit anderen Politikfeldern („Arbeit und Umwelt“).

(-/6.2.1987/st/ks)

* * *

Scherbenhaufen in der Bildungspolitik

Studentenförderung muß dringend korrigiert werden

Von Doris Odendahl MdB

Deutlicher konnte es der Bundesregierung nicht bescheinigt werden: die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) hat an die Bundesregierung appelliert, die bisherige Studentenförderung (BAFÖG) gründlich zu überdenken.

Nachdem sie im Rahmen des BAFÖG-Kahlschlags Ende 1982 das BAFÖG-Gesetz so geändert hat, daß Studentenförderung nur noch als Voll Darlehen an die Studenten gezahlt wird, ist der soziale Numerus clausus an den Hochschulen bittere Wirklichkeit geworden. Nur noch knapp 25 Prozent aller Studentinnen und Studenten erhalten überhaupt BAFÖG. Die Zahl der geförderten Studentinnen und Studenten ist drastisch gesunken. 1982 wurden noch 44 Prozent der Studierenden des ersten und zweiten Semesters gefördert, 1985 waren es nur noch 31 Prozent. Der Anteil der geförderten Arbeiterkinder ist seit 1982 von 61 Prozent auf 49 Prozent dramatisch zurückgegangen und nach den Ergebnissen der jüngsten Sozialerhebung sehen über 40 Prozent der Studienanfänger Probleme mit der Finanzierung des Studiums.

Zu Recht wies WRK-Präsident Theodor Berchem darauf hin, daß die Umstellung des BAFÖG auf Voll darlehen und die Einschränkung des Empfängerkreises „zu neuen sozialen Barrieren vor den Hochschulen“ geführt hat und daß immer mehr Kinder aus einkommensschwachen Familien auf ein Studium verzichten.

Nun hat die Bundesregierung zwar immer behauptet, von einer Abschreckung vor der Aufnahme eines Studiums könne keine Rede sein. Gleichzeitig hat die Bundesbildungsministerin Frau Wilms, jedoch zugegeben, daß der BAFÖG-Kahlschlag nicht auf haushaltspolitische Überlegungen zurückzuführen ist, sondern sehr wohl ordnungspolitischen Charakter für das Bildungssystem habe. Diese „neue Ordnungspolitik“ ist der Bildungsministerin voll gelungen. Die Übertrittsquoten in weiterführenden Schulen schrumpfen (zum Beispiel sank in meiner Heimatstadt Sindelfingen die Quote bei den Gymnasien im Jahr 1986 von 38 auf 31 Prozent). Auf der Strecke bleiben Kinder aus Familien mit kleinerem Einkommen und vor allem wieder einmal die Mädchen. Bei ihnen wirkt der von der Bundesregierung neu belebte soziale Ausleseprozeß in besonderem Maße, für die meisten sind die neuen Hürden im Bildungsbereich nicht mehr zu überwinden. Wenn also diese gewollten ordnungspolitischen Maßnahmen des Bildungssystems nicht schleunigst rückgängig gemacht werden, sind alle Bekundungen zur Frauenförderung im Beruf wie an den Universitäten von Seiten der Frauenministerin Süsmuth und der Bildungsministerin Wilms das Papier nicht wert, auf dem sie stehen.

In der Bildungspolitik ist es höchste Zeit für eine Kurskorrektur durch die Bundesregierung: der BAFÖG-Kahlschlag bei der Schülerförderung und bei der Studentenförderung muß rückgängig gemacht werden. Durch ihre „neue Ordnungspolitik“ im Bereich der Ausbildungsförderung hat die Bundesregierung bei der beruflichen Chancengleichheit der jungen Menschen einen Scherbenhaufen angerichtet. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat das nachdrücklich bescheinigt.

(-/6.2.1987/st/ks)

* * *



AIDS gemeinsam bekämpfen

AIDS-Bekämpfung muß EG-weit erfolgen

Von Dieter Schinzel MdEP

Ein Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der erworbenen Immunschwäche (AIDS) und für die wissenschaftliche Forschung ist unerlässlich.

Dringend erforderlich ist eine „Medienoffensive“ in Rundfunk und Fernsehen, um über die AIDS-Gefahr und „Saver Sex“, das heißt sexuelle Beziehungen ohne Infektionsgefahr, aufzuklären.

Eine wirksame AIDS-Bekämpfung ist nur möglich, wenn in allen EG-Ländern Aufklärung über AIDS, Verhütung und Bekämpfung dieser Krankheit nach dem neuesten Stand der Wissenschaft organisiert werden. Die Information muß alle Bevölkerungsschichten erreichen, besonders junge Menschen, die sich in Schule, Hochschule und Ausbildung befinden.

Vor allem bedarf es der Begründung einer Europäischen AIDS-Stiftung, die das gemeinsame Aktionsprogramm „Europa gegen AIDS“ organisieren sollte.

AIDS kennt keine Grenzen. Umfassende Zusammenarbeit ist deshalb ein Gebot der Vernunft. Politische Profilierungsbemühungen müssen zurückstehen. Da ist es ein Anachronismus, wenn beispielsweise deutsche Bundesländer jedes für sich die AIDS-Aufklärung und -bekämpfung mit mehr oder weniger Erfolg betreiben.

Auch mit frommen Sprüchen kann man AIDS nicht aufhalten. Schädlich sind die Versuche besonders konservativer katholischer Kreise, die AIDS-Angst zu schüren und zur Durchsetzung überholter Moralvorstellungen zu mißbrauchen. Allein Information und persönlich verantwortungsvolles Sexualverhalten können die explosionsartige Ausbreitung der Krankheit stoppen.

Staatliche Zwangsmaßnahmen können persönlich verantwortungsvolles Verhalten des Einzelnen, auch des Infizierten nicht ersetzen und sind schon deshalb ungeeignet zur Eindämmung der Verbreitung des AIDS-Virus.

(—/6.2.1987/fr/st)

* * *

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 348 ppbn d

Inhalt

Harald B. Schäfer MdB zu den umweltpolitischen Vereinbarungen der Koalition: Kurs der Halbherzigkeiten.

Seite 1

Walter Edenhofer zur Rolle der Arbeitnehmer in der SPD: Das Zentrum verbreitern.

Seite 2

Karl Heinz Müller MdL zur Bekämpfung von AIDS in Bayern: Gauweilers Kraftsprüche helfen nicht.

Seite 4

Dokumentation:

Die bundesdeutsche Koordinierungsgruppe für die Abrüstungsinitiative aus vier Kontinenten hat an Washington und Moskau appelliert, doch noch ein Atom-Moratorium zu beschließen. Wortlaut des Schreibens

Seite 5

42. Jahrgang / 27

9. Februar 1987

Kurs der Halbherzigkeiten

Zu den umweltpolitischen Vereinbarungen der Koalition

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Bundestages

Was bis jetzt von den Koalitionsvereinbarungen in Sachen Umweltschutz bekanntgeworden ist, zeigt: Die Koalition bleibt bei ihrem bisherigen umweltpolitischen Kurs der Halbherzigkeiten. Es ist kein Konzept erkennbar, das die wichtigsten Probleme - Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung - einer Lösung näherbringt.

Statt dessen werden fast nach dem Zufallsprinzip isolierte, zum Teil durchaus richtige Umweltvorhaben, angekündigt. Das Fehlen einer politischen Linie, die die Notwendigkeit einer systematischen Umweltvorsorgepolitik mit der Sanierung der Altlasten verbindet, verhindert wirksamen Umweltschutz.

Bei den Koalitionsvereinbarungen fehlt unter anderem

- Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel unserer Verfassung,
- eine Neuordnung des Umweltrechtes mit Einführung einer verschuldensunabhängigen Haftung bei gleichzeitiger Erleichterung des Kausalitätsnachweises (Beweislast umkehren),
- eine drastische Erhöhung der Ordnungswidrigkeiten bei Umweltvergehen,
- eine neue umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik,
- ein Konzept zur Sanierung der Altlasten,
- Energiesparmaßnahmen zur Reduzierung der Umweltbelastung und Schonung der Rohstoffe,
- die längst überfällige Reform des Bundesnaturschutzgesetzes mit Abschaffung beziehungsweise Änderung der Landwirtschaftsklauseln und der Einführung der Verbandsklage.
- Reduzierung der Schadstoffe bei Nutzfahrzeugen.

Statt dessen setzen die Koalitionäre natürlich mit ausdrücklicher Zustimmung der FDP auf die Inbetriebnahme des Schnellen Brütters in Kalkar und den Weiterbau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Es bleibt also beim „Weiter so“ der Koalition: Trübe Aussichten für Gesundheit und Umwelt. (-/9.2.1987/vs/rs)

* * *

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressahaar 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebspartner
zum weltweiten Koalitions-
Fern- und Post-Vertrieb

